



Der zerstörte Impuls

Bild © MARKA / Alamy Stock Photo

Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland ein tief gespaltenes Land



Ein Kommentar von **Björn Höcke**

Am 9. November 1989 hörte ich in den Spätnachrichten die historischen Worte von Günter Schabowski, mit denen der Sprecher des SED-Politbüros die neue Reisefreiheit verkündete. Mein Vater und ich lagen uns mit

feuchten Augen in den Armen. Neben der Geburt meiner vier Kinder waren diese Minuten der schönste Moment in meinem Leben.

Das Hauptmotiv des friedlichen Bürgeraufstandes in der DDR war weniger ein zu kurz gekommenes Bedürfnis nach Brot und Spielen. Natürlich ging es auch um eine erhoffte Wohlstandssteigerung, die den fähigen und fleißigen Menschen im Osten von einer sozialistischen Mißwirtschaft verwehrt wurde. Was die Bürger aber vor allem auf die Straße trieb, war die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und politischer Selbstbestimmung sowie der Unmut über eine politische Klasse, die ihre Unfähigkeit zur Lösung der Probleme mit Bespitzelung, Gängelung, Lüge und hohler Propaganda zu kompensieren suchte.

»Deutschland einig Vaterland!«

Bei den Protesten mischte sich in den Wunsch nach Freiheit auch zunehmend der Ruf nach der nationalen Einheit. Auf den Demonstrationen sah man Transparente mit der Aufschrift »Wir sind ein Volk« und hörte die Menge skandieren: »Deutschland einig Vaterland!« In diesem historischen Moment wurde das ganze Volk – von einigen wenigen Betonköpfen beiderseits der Grenze abgesehen – von einem nationalen Impuls erfaßt: Die Deutschen in der DDR und die Deutschen in der BRD wollten nach 40 Jahren Teilung wieder in einem Staat zusammenleben und gemeinsam ihre Zukunft gestalten.

Keine blühenden Landschaften aus der Portokasse

Der Parteipolitiker Helmut Kohl hatte noch im Herbst 1988 eine Wiedervereinigung als »blühenden Unsinn« bezeichnet. Ein Wiedervereinigungsangebot von Gorbatschow lehnte er schnöde ab und kungelte lieber mit Honecker um die Rettung der bankrotten DDR. Nach der Wiedervereinigung war Kohl die Europäische Union wichtiger als die nationale Einheit und Wohlfahrt. Das war für viele nicht gleich offensichtlich, denn der CDU-Parteiführer versprach ihnen »blühende Landschaften«, die er »aus der Portokasse bezahlen« wollte.

► Weiter auf Seite 2

Rote Karte für die Machthaber

Ein mutiges Volk kann eine unfähige politische Klasse hinwegfegen



heit der Menschen im Osten mit der DDR positiv verband, nämlich soziale und innere Sicherheit, Solidarität und Gemeinschaftlichkeit, das ging in dem vereinigten Deutschland verloren. Und das, was sie als negativ empfanden, nämlich Stasi und Überwachung, realitätsverweigernde Polit-Apparatschiks und Staatspropaganda, feiert heute unter linksliberalem Vorzeichen im Merkel-Regime fröhliche Urständ. Viele ehemalige »1989er« sind entsetzt über den steigenden Gesinnungs- und Konformitätsdruck im Land, sehen mit Sorge die Einheitsmeinung der Leitmedien und die kaum noch verdeckte Zensur im Internet. Diejenigen, die sich der vorgeschriebenen Selbstaflösung im kosmopolitischen Nirwana widersetzen – vornehmlich im Osten der Republik –, werden als »Dunkeldeutsche« abqualifiziert und als »Pack« oder »Nazis« beschimpft.

Staats- und Rechtszerfall schreitet weiter fort

Zieht man nach 30 Jahren Wiedervereinigung eine nüchterne Bilanz, so muß man trotz der beachtlichen Aufbauleistungen feststellen: Statt eines gemeinsamen Neuanfangs in Einheit, Freiheit und Wohlstand, wie es die Deutschen in Ost und West mehrheitlich gewünscht hatten, wurde die marode DDR der BRD quasi einverleibt und in den sich abzeichnenden globalistischen Abwärtsstrudel mit hineingezogen. Und statt neuer Gemeinschaft kam die Zerbröselung der multikulturellen Gesellschaft. Heute ist das Land tief gespalten und von einer stickig-repressiven Atmosphäre durchzogen. Der Staats- und Rechtszerfall schreitet fort und die wirtschaftlichen Prognosen sind düster. Dieser deprimierende Befund sollte uns aber weder zu der egoistischen Parole »Nach uns die Sintflut!« noch zu einem destruktiven politischen Exotismus hinreißen lassen. Der Bürgeraufstand von 1989 hat gezeigt, daß sich ein Volk auf friedliche und demokratische Weise erfolgreich gegen eine unfähige politische Klasse wehren kann. Der Geist des 9. November, nicht des 3. Oktober, sollte uns daher Inspiration sein.

Knüpfen wir an die fruchtbaren Impulse der Wendezeit an, fordern wir Einheit, Freiheit und Wohlstand für unser Land und zeigen wir den volksverachtenden Machthabern die Rote Karte!

► Fortsetzung von Seite 1

Daß das nur ein PR-Gag zum Zwecke des Wahlkampfs gewesen war, merkten die Menschen in den neuen Bundesländern erst, als sich die desaströsen Folgen der Vereinigungspolitik auftraten: Trotz der eindringlichen Warnungen von Fachleuten wurde die DDR-Industrie binnen weniger Monate plattgemacht und ein Millionenheer von Arbeitslosen geschaffen, die Deutsche Mark dem windelweichen Euro geopfert und das Land für Millionen Immigranten geöffnet, um eine neue Gemeinschaft der Deutschen zu verhindern. Am Ende stempelte man alle, die sich über diesen Verrat an den Landsleuten im Osten empörten, zu undankbaren »Motzkis« ab. Tatsache bleibt, daß die Deutschen in der DDR – und nicht die im Westen – eine demokratische Revolution geschafft haben. Und viele von ihnen wundern sich, daß heute wieder eine selbstgerechte Obrigkeit sie gängelt, ihre Meinungsfreiheit beschränkt und den wirtschaftlichen Wohlstand aufs Spiel setzt. Dabei war die

Kohl'sche Perspektive »blühender Landschaften« gar nicht unrealistisch: Die Aufbruchsstimmung im Land war vorhanden, die Bürger waren zu Anstrengungen und Opfern bereit, und finanzierbar wäre die Sanierung des Ostens auch gewesen, wenn man die vielen Milliarden, die in aller Welt verplempert und im Brüsseler Moloch versenkt wurden, zumindest temporär für den Aufbau der neuen Bundesländer umgelenkt hätte. Es fehlte nicht an der Bereitschaft des fröhlich vereinigten Volkes, es fehlte an einer verantwortlichen politischen Führung.

Deutsche Einheit war fest in der Hand von Klinkenputzern

Was hätte die neue »Berliner Republik« alles erreichen können, wenn damals fähige, willensstarke und dem Wohle der eigenen Nation verpflichtete Politiker das Ruder in den Händen gehabt hätten! Solche Persönlichkeiten bereitzustellen, dazu war das westdeutsche Parteienestablishment jedoch weder bereit noch in der Lage. Das staatsmännische Gebaren von

Kohl und Genscher in der Wendezeit war letztlich Pose. Nationale Selbstbestimmung und Erneuerung standen bei ihnen nicht auf der Agenda. Die deutsche Einheit war fest in der Hand von Klinkenputzern. Und so wurde der nationale Impuls der Wendezeit vorsätzlich zerstört. Unter diesen Bedingungen war es den postkommunistischen Wendehälsen der SED-Kader ein Leichtes, sich in das System des »Klassenfeindes« zu integrieren. Die Genossen von einst präsentieren sich als die »Musterdemokraten« von heute.

Diese Kumpanei erleben wir heute live auf der bundesdeutschen politischen Bühne, wo selbst die ehemals konservative Union mittlerweile mit der Nachfolgepartei der SED schäkert. Von der untergehenden DDR schwappte auch der »Antifaschismus« im Gewande eines fanatischen »Kampfes gegen Rechts« in die vergrößerte BRD hinüber, um die letzten patriotischen Regungen in der Bevölkerung zu ersticken. Es ist schon grotesk: Genau das, was die Mehr-

Nie wieder Diktatur

Sozialistische Experimente in Thüringen? Nicht mit der AfD-Fraktion!

Am 3. Oktober 1990 wurde nach 41 Jahren andauernden, auf vielfältige Weise schmerzhaften Teilung die Wiedervereinigung Deutschlands in Recht und Freiheit vollzogen. Für die meisten von uns ehemaligen Bewohnern der sogenannten DDR war dies ein Anlass zu großer Freude und weckte die Hoffnung auf ein besseres und glücklicheres Leben. Mittlerweile ist eine ganze Generation herangewachsen, die den »real existierenden Sozialismus« nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt. In die Erzählungen der älteren Generation mischen sich viel Nostalgie und die Erinnerung an eine Jugend, die trotz aller Einengungen mit Fug und Recht auch eine glückliche genannt werden kann. Weltweit stand das 20. Jahrhundert im Zeichen der Auseinandersetzung mit Sozialismus und Kommunismus. Nach dem Zerfall des diktatorischen Sowjetreiches sah es zunächst so aus,

als ob sich Demokratie, Freiheit und soziale Marktwirtschaft in den Ländern des freien Europas vollständig durchgesetzt hätten. Unter veränderten wirtschaftlichen Vorzeichen konnten die Menschen beginnen, die Schäden jahrzehntelanger Misswirtschaft zu beseitigen. Meinungsfreiheit wurde praktiziert und in großen gesellschaftlichen Debatten geübt, Bildung, Forschung und Lehre vom ideologischen Ballast befreit.

Wer jung, gut ausgebildet und tatkräftig war, hatte in dieser Zeit des Neuanfangs viele Chancen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, an die in der DDR nicht zu denken war. Für andere ehemalige DDR-Bürger kam die Wende zu spät oder sorgte für biographische Brüche, die heute dazu beitragen, dem Sozialismus als System und einem regulierenden und versorgenden Staat als Patentrezept für anstrengende Lebenslagen

nachzutruern. Parallel dazu hat es die ehemals regierende Staatspartei SEDPDSLINKE geschafft, unter Mitnahme ihres riesigen Vermögens in der gesamtdeutschen politischen Gegenwart anzukommen, ohne ihre Verantwortung für sozialistische Misswirtschaft, ideologischen Totalitarismus, für Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl ehrlich und tabulos aufzuarbeiten.

30 Jahre nach dem Ende des großen Freilandversuchs namens DDR versucht die Partei »Die Linke« – diesmal mit Hilfe, Billigung und mehr oder weniger unverhohlener Unterstützung aller Altparteien inklusive der CDU – einen neuen Sozialismus in Thüringen zu etablieren. Dies zu verhindern ist die erste und wichtigste Aufgabe der einzigen bürgerlich-konservativen Kraft in Thüringen, der Alternative für Deutschland.

Von **Corinna Herold (Mdl)**

STASI 2020

Vorwürfe gegen Laudenbach widerlegt



Wieder einmal verpuffte eine mediale Nebelkerze gegen einen AfD-Abgeordneten im Nichts: Mit großem Trara hatte der von uns allen üppig alimentierte MDR brandaktuelle Ergebnisse seiner »Recherchedirektion« hinausposaunt, wonach unser kommunalpolitischer Sprecher Dieter Laudenbach als inoffizieller Mitarbeiter für die Stasi tätig gewesen sei. Nachvollziehbare Beweise wie eine Verpflichtungserklärung konnte der MDR nicht vorlegen, nur eine Handvoll zum Sommerloch-Skandalchen aufgeplusterte Spekulationen, darunter eine sogenannte Vorlaufakte, die aus jeder x-beliebigen Stasi-Überwachungsquelle stammen kann – und über die der MDR aus juristischen Gründen gar nicht hätte verfügen dürfen.

Selbstverständlich wollte Dieter Laudenbach die infamen Anschuldigungen nicht auf sich sitzen lassen und bat den früheren Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Jürgen Haschke, um eine Expertise. Das Ergebnis: »Herr Laudenbach war zu keiner Zeit als IM für das MfS tätig!« Der Abgeordnete habe weder von der Vorlaufakte noch von einem Anwerbeversuch Kenntnis gehabt, schlußfolgert der ehemalige politische Gefangene des DDR-Regimes nach Begutachtung aller beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vorhandenen Dokumente.

Was bleibt, ist mehr als nur ein fader Nachgeschmack – nicht zuletzt, weil der MDR seinen Fehler um keinen Preis eingestehen möchte, sondern vielmehr den renommierten Stasi-Aufklärer bezichtigt, ein Gefälligkeitsgutachten erstellt zu haben. Im »Kampf gegen Rechts« scheint dem MDR wirklich jedes Mittel recht zu sein, auch wenn es noch so sehr an die Methoden der Stasi erinnert ...

MUT KANN MAN ABONNIEREN!

Sichern Sie sich jetzt Ihre Ausgabe!

Bestellen unter: info@afd-thl.de

STRAFRECHT

Strafmündigkeit ab zwölf Jahren!

Ende April vergewaltigte in Auma ein 13-jähriger Jugendlicher eine 42-jährige Frau. Bereits vor Jahren warnte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG) vor der Zunahme von Delikten unter Jugendlichen, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und daher nicht strafmündig sind. Die Lösung wäre, das Mindestalter der Strafmündigkeit auf das vollendete zwölfte Lebensjahr herabzusetzen.

Bereits im Reichsstrafgesetzbuch von 1871 wurde in § 55 festgelegt, dass die Strafmündigkeit mit Vollendung des zwölften Lebensjahres beginnt. Wäre es nun rückschrittlich, dies zu fordern und entsprechend zu ändern? Nein, denn auch die DPoG fordert die Politik zum Handeln auf. Die Kriminalitätsstatistik belegt, dass nicht strafmündige Täter immer gewaltbereiter und rücksichtsloser werden. Auf diese alarmierende Entwicklung müsse reagiert werden, mahnt die Gewerkschaft an.

Das heißt nicht, dass Zwölfjährige zur Verbüßung einer Jugendstrafe automatisch in die Jugendstrafanstalt gehören. Bei einer Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze würde die im Einzelfall zu prüfende individuelle Strafreife gelten. Nicht die Erzielung einer abschreckenden Wirkung darf im Vordergrund stehen, sondern der Erziehungscharakter des Jugendstrafrechts. Dessen erzieherische Sanktionen, wie etwa die Erteilung richterlicher Weisungen, Verwarnungen und Auflagen, dürfen aber nicht erst ab 14 Jahren einsetzen. Vielmehr ist es pädagogisch sinnvoll, schon einem Zwölfjährigen klarzumachen, wo die Grenzen seines Handelns liegen. Die Opfer von Straftaten fragen nicht nach dem Alter des Täters, sondern fordern zum Schutz ihrer individuellen Sicherheit mit Recht das ein, was der Staat seinen Bürgern schuldet, nämlich den Schutz vor Verbrechen. Wir als AfD-Fraktion unterstützen diese Forderung und werden entsprechende Initiativen im Thüringer Landesparlament einbringen.

Von **Robert Sesselmann** (Mdl)

Bahnbrechender Erfolg vor Gericht

Nur selten gerät der bundesdeutsche Medien-Blätterwald derart lautstark ins Rauschen, wenn von der AfD die Rede ist, wie am 15. Juli und den darauffolgenden Tagen. An jenem Mittwoch verkündete das Thüringer Verfassungsgericht in Weimar sein Urteil bezüglich der Klage der AfD-Landtagsfraktion zum Paritätsgesetz. Mit sechs zu drei Stimmen wurde das Paritätsgesetz gekippt und damit dem Bestreben der im Oktober 2019 abgewählten Landesregierung, die Landeslisten aller politischen Parteien fortan paritätisch, also abwechselnd mit Männern und Frauen, zu besetzen, ein Ende bereitet.

Das Urteil ist nicht zuletzt deshalb eine herbe politische Backpfeife für die

rot-rot-grüne Landesregierung, weil die Urteilsbegründung einen klaren Verfassungsverstoß erkennt. Ganz bewusst sollten Wahlrechtsgrundsätze und die Chancengleichheit der Parteien beeinträchtigt und der politische Wettbewerb mittels einer Quotenregelung zugunsten des rot-rot-grünen Lagers verzerrt werden.

Bedeutender Sieg für die Thüringer AfD-Fraktion

Dem Thüringer Verfassungsgerichtshof gebühren Dank und Anerkennung dafür, dass er sich nicht vom öffentlichen Druck einschüchtern ließ und sich sachlich an den Vorschriften der Verfassung orientierte. Das Urteil ist nicht nur ein bedeutender

Sieg für die Thüringer AfD-Fraktion, sondern vor allem für die Demokratie und den Verfassungsstaat – und es ist eine Niederlage jener Ideologen, die glauben, sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen zu können.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hatte übrigens sofortige Neuwahlen nach dem Rücktritt Thomas Kemmerichs von seinem Kurz-Gastspiel als Ministerpräsident mit dem Argument abgelehnt, dass die AfD-Klage gegen das Paritätsgesetz noch nicht entschieden und daher keine Rechtssicherheit gewährleistet sei. Bei allen kommenden Landtagswahlen wird nun wieder das alte Wahlrecht angewandt; die Pflicht zu paritätischen Listen entfällt.

Fehlendes Polizeipersonal Früher vollwertige Dienststellen sind nachts geschlossen

Dienstposten	Benötigt	Besetzt	Fehlbestand	Krankenquote
LPI Erfurt	823	716	-107	11,85 %
LPI Gera	770	647	-123	12,21 %
LPI Gotha	758	652	-106	11,73 %
LPI Jena	831	705	-126	11,74 %
LPI Nordhausen	803	703	-100	13,17 %
LPI Saalfeld	653	548	-105	11,11 %
LPI Suhl	677	580	-97	10,21 %
Überörtlich zust.	2461	2213	-248	einzel

Die Thüringer Polizei ist für zahlreiche Aufgaben zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Freistaat zuständig. Um das für die Bearbeitung dieser Aufgaben notwendige Personal zu planen, wurden alle Bestandteile mit Dienstpostenplänen unterlegt. Daraus ergibt sich genau, wer welche Aufgabe hat und für welche Aufgabe wie viel Personal benötigt wird. Die Dienstpostenpläne werden anhand sich ändernder Aufgaben stets fortgeschrieben und an den tatsächlichen Bedarf angepasst.

So weit, so schlecht. Denn die Thüringer Polizei verfügte noch nie über genügend Polizisten, um überhaupt alle Dienstposten personell zu unterlegen. Deshalb müssen die vorhandenen Beamten und Angestellten die Arbeit der nicht besetzten Dienstposten mit erledigen. Einige Aufgaben bleiben sogar gänzlich unbearbeitet. Das dadurch entstehende Problem wäre mit dem entsprechenden politischen Willen langfristig lösbar. Wäre...

Um das tatsächliche Ausmaß der unbesetzten Dienstposten in Zahlen zu fassen, hat die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag gleich mehrere Anfragen an die Landesregierung gestellt. Das Ergebnis ist für den Freistaat und die Sicherheit im Land erschreckend:

Von 7776 Dienstposten sind gerade einmal 6764 tatsächlich besetzt! Eine hohe Krankenquote von etwa 11,5 Prozent reduziert das vorhandene Personal weiter und resultiert mit großer Wahrscheinlichkeit daraus. Dieser Zustand verschärft sich seit Jahren. Dass die Thüringer Polizei überhaupt arbeitsfähig ist, haben wir vor allem dem Engagement jedes einzelnen Polizeivollzugsbeamten und Angestellten zu verdanken.

Über 1000 Dienstposten nicht besetzt!

Die Aufschlüsselung der sieben regional zuständigen Landespolizeiinspektionen ergibt eine fehlende Ausstattung

von mindestens 100 Dienstposten in jeder einzelnen Behörde. Verhältnismäßig am schlimmsten betroffen sind die Landespolizeiinspektionen in Gera und Saalfeld. Dazu kommen noch ungefähr 250 unbesetzte Dienstposten in den überregional zuständigen Dienststellen wie dem Landeskriminalamt und der Bereitschaftspolizei.

Bereits heute sind die früher vollwertigen Polizeidienststellen in Bad Lobenstein, Kahla, Bad Berka, Zeulenroda-Triebes, Schmöln, Schmalkalden und Leinefelde-Worbis nur noch tagsüber geöffnet, da das Personal für den Nachtdienst nicht mehr ausreicht. Dieser Entwicklung gilt es nun einen Riegel vorzuschieben. Die Landesregierung muss hier endlich ernsthaft umdenken.

Von **Ringo Mühlmann** (Mdl)

Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 800 000 Stück

 @afd-thl

 www.afd-thl.de

 @afd-landtags-tv



Parlamentarische Initiativen

Hortlerzieher stärken, Lehrer entlasten

Mit dem Antrag wollen wir den Horterziehern die Möglichkeit geben, ihre Arbeitszeit auf eine Vollzeitstelle aufzustocken, sowie den Unterrichtsausfall an den Grundschulen bekämpfen. Aktuell dürfen Horterzieher oft nur Teilzeit arbeiten.

Vor 1990 hatten Erzieher häufig eine Lehrbefähigung für bestimmte Fächer. Die vor 1990 ausgebildeten Erzieher können seit 2018 wieder in Schulen unterrichten, jedoch nutzen nur wenige diese Möglichkeit, weil die Bedingungen nicht attraktiv sind. Wir wollen diesen Erziehern Fortbildungen und unbefristete Verträge ermöglichen, außerdem fordern wir finanzielle Zuschläge. Darüber hinaus sollen auch nach 1990 ausgebildete Erzieher die Möglichkeit erhalten, durch entsprechende Weiterbildungsangebote eine Lehrbefähigung erlangen zu können. Somit wären ein Einsatz im Unterricht und eine Aufstockung der Arbeitszeit möglich. Gewinnen würden dadurch nicht nur die Erzieher. Es käme nicht zuletzt auch Schülern und Lehrern zugute, wenn sie durch zusätzliches Personal für Unterricht und Vertretung entlastet würden.

(Antrag der Fraktion der AfD: »Hortlerzieher mit Lehrbefähigung stärken, Erlangung der Lehrbefähigung wieder ermöglichen«, DS 7/1318 vom 22. Juli 2020)

Thüringer Landarztgesetz

Gerade in ländlichen Regionen gestalten sich die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung und die Vermeidung eines Ärztemangels zunehmend schwieriger. Eine Erhöhung der Medizinstudienplätze ist kein Garant dafür, der massiven Abwanderung der Absolventen entgegenzusteuern. Die AfD-Fraktion fordert eine gezielte Nachwuchsförderung, bei der die Zulassung zum Studium der Humanmedizin und die Herausforderungen der medizinischen Versorgung stärker in Einklang gebracht werden und neben der Abiturnote auch andere Auswahlkriterien zur Geltung kommen sollen. Bereits bei der Zulassung zum Studium soll es ermöglicht werden, die fachliche und persönliche Eignung sowie die Bereitschaft für die hausärztliche Tätigkeit auf dem Land oder im Öffentlichen Gesundheitsdienst zu berücksichtigen. Unser Gesetzentwurf beschreitet einen Weg, um einen Teil der zur Verfügung stehenden Studienplätze an Bewerber zu vergeben, die sich verpflichten, nach erfolgreich abgeschlossenem Studium eine Tätigkeit als Landarzt oder als Facharzt für Öffentlichen Gesundheitswesen aufzunehmen.

(Gesetz zur Sicherung des medizinischen Nachwuchses im ländlichen Raum und im Öffentlichen Gesundheitsdienst – Thüringer Landarztgesetz [ThürLArztG])

Keine Vorsorgemaßnahmen für Waldbrandschutz

Offensichtlich hat die Landesregierung unzureichende Vorsorgemaßnahmen für den Waldbrandschutz in Thüringen getroffen. Allein 2019 kam es in Thüringen zu 152 dieser »Vegetationsbrände«, denen die Freiwilligen Feuerwehren gerade in kleineren Gemeinden nicht gewachsen sind. Gleichwohl regelt die Vierte Durchführungsverordnung zum Thüringer Waldgesetz vom 14. Juli 1997, dass die zuständigen Forstbehörden die Anlage geeigneter technischer Einrichtungen für eine frühzeitige Waldbranderkennung und Waldbrandbekämpfung in Waldbrandgefahrenbezirken wie Löschwasserentnahmestellen, unterirdische Löschwasserbehälter oder Gerätelager anordnen können. Auch die bislang nicht erneuerte Förderrichtlinie für die Feuerwehren ändert nichts an der brenzligen Situation, in der sich die Freiwilligen Feuerwehren in den Waldbrandgefahrenbezirken befinden.

Wir werden weiter für unsere Feuerwehren kämpfen, bis sie endlich über geländegängige Fahrzeuge verfügen und optimale Löschbedingungen in Thüringens Wäldern vorfinden und so für zukünftige Waldbrände gewappnet sind.

(Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 929 des feuerwehrpolitischen Sprechers der AfD-Landtagsfraktion, DS 7/1539, 7. August 2020)

Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge

In einer Aktuellen Stunde wurde im Thüringer Landtag über einen Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge debattiert. Grundlage hierfür war der Beschluss vom 12. September 2019 (Drucksache 6/7741), wonach in Vollzug des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes die Landesregierung um Prüfung von unzumutbaren Belastungen für Beitragsschuldner, die nach dem 1. Januar 2019 Beitragsforderungen für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2018 erhalten haben, gebeten wurde. Bei Vorliegen solcher unzumutbaren Belastungen sollte die Einrichtung eines Härtefallfonds geprüft und der Thüringer Landtag bis zum 30. Juni 2020 unterrichtet werden. Die von der AfD-Landtagsfraktion beantragte Aktuelle Stunde entwickelte sich zu einer heftigen Debatte um die Notwendigkeit eines Härtefallfonds, gegen den sich fast alle Altparteien aussprachen. Nun muss sich im Innen- und Kommunalausschuss zeigen, ob der vor der Landtagswahl »versprochene« Härtefallfonds tatsächlich kommen wird.

(Aktuelle Stunde der AfD-Landtagsfraktion vom 15. Juli 2020 »Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge versprochen? – Versprechen gebrochen?«, DS 7/1168)

Strafantrag gegen Ramelow

AfD-Fraktion wehrt sich gegen ministerpräsidiale Ausfallerscheinungen

Der Erfolg der Linken in Thüringen ist in erheblichem Umfang auch dem Personenkult um Bodo Ramelow geschuldet. Er wird vom Rundfunk und den großen Konzernmedien seit Jahren als Landesvater verklärt, der so gar nicht typisch links sei. Klar, gelegentlich passen die cholerischen Reaktionen gegenüber Journalisten oder Andersdenkenden nicht ganz in dieses Bild, aber das erfährt man allenfalls in den sozialen Medien, nicht in den etablierten.

Rüde Beleidigung im Plenum

Der Ausraster vom 17. Juli 2020, bei dem Bodo Ramelow unser Fraktionsmitglied Stefan Möller rüde beleidigte, konnte jedoch nicht verheimlicht werden. Es ist schon einzigartig, wenn ein Abgeordneter vom Platz des Ministerpräsidenten aus den ausgestreckten Mittelfinger gezeigt bekommt und er kurze Zeit später noch als »widerlicher Drecksack« bezeichnet wird. Was war passiert? Nachdem der AfD in der Debatte von



Verliert schnell die Fassung: Bodo Ramelow hat sich nicht im Griff

einer Linken-Abgeordneten ein Näheverhältnis zum Rechtsterrorismus unterstellt worden war, versuchte eine Abgeordnete der SPD, den Debattenbeitrag der AfD-Fraktion durch einen Verweis auf den Verfassungsschutz zu entwerten. Möller machte in seiner Entgegnung klar, dass der Verfassungsschutz eine skandalgeneigte

Behörde ist, die im Übrigen auch schon Ramelow beobachtet hatte. Das Bundesverfassungsgericht hatte dies unter Verweis auf den besonderen Schutz des Landtagsmandats von Ramelow für unzulässig erklärt. Offensichtlich empfand Ramelow den Vergleich mit der Situation Thüringer AfD-Abgeordneter als eine Art

Majestätsbeleidigung und reagierte äußerst ungnädig mit den bekannten Beleidigungen. Erst nachdem Ramelow mehrere Wochen lang die Gelegenheit zu einer Entschuldigung hatte verstreichen lassen, stellte Stefan Möller einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Erfurt. Es bleibt abzuwarten, wie diese mit dem Strafverfahren gegen ihren obersten Dienstherrn umgeht.

Lernresistenter »Landesvater«

Ramelow zeigte sich im Nachgang jedenfalls lernresistent. Sowohl im Sommerinterview des MDR als auch bei »Lanz« versuchte er, Möller mit Falschbehauptungen zu diskreditieren, um sein eigenes Fehlverhalten zu erklären. Haben Sie den bei AfD-Politikern üblichen Faktencheck des MDR zu Ramelow gesehen? Nein? Wir auch nicht: Offenbar will der MDR das Trugbild vom »gütigen Landesvater« nicht durch unliebsame Fakten stören.

JA ZUM VERBRENNUNGSMOTOR!

**BETRIEBE VOR
INSOLVENZ
RETTEN!**

- Mit über 500 Unternehmen und etwa 51 000 Arbeitsplätzen sind die Thüringer Automobilzulieferer und -hersteller der größte Arbeitgeber in unserem Freistaat. Die Automobilbranche trägt damit erheblich zur Thüringer Wirtschaftsleistung und zu unserem Wohlstand bei.

- Grundlage hierfür ist die fortschrittliche und effiziente Technologie des Verbrennungsmotors.
- Der Verbrennungsmotor ermöglicht eine erschwingliche und bewährte individuelle Mobilität. Sie ist unentbehrlich vor allem im ländlichen Raum.

DEUTSCHE AUTOMOBILINDUSTRIE:
**MOTOR FÜR FREIHEIT
UND WOHLSTAND**

MOBILES BÜRGERBURO
DER AfD-FRAKTION IM
THÜRINGER LANDTAG

AfD FRAKTION THÜRINGEN



Wir stehen zu unserer Thüringer Automobilindustrie!

Gefahr für den deutschen Wohlstandsmotor

AfD-Fraktion macht sich für Thüringer Automobilbau- und Zulieferunternehmen stark

Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) war die Corona-Pandemie nicht der Auslöser der bevorstehenden Arbeitsplatzverluste in der Automobilbranche und deren Zulieferunternehmen, sondern nur ihr Brandbeschleuniger. Die Ursachen für die Krise liegen tiefer: Der politisch forcierte Technologiewandel stellt kleine und mittelständische Zulieferbetriebe vor immense Herausforderungen, da der Strukturwandel zur E-Mobilität hohe Investitionen erfordert. Dies betrifft auch Thüringen, denn mit über 500 Unternehmen und etwa 51 000 Beschäftigten ist die Automobil- und Automobilzulieferindustrie der größte Arbeitgeber im Freistaat.

Konjunkturabschwung, Technologiewandel, Corona-Krise

Verfügen große Automobilhersteller in der Regel über ausreichende Finanzpolster, so stehen kleineren Zulieferern stürmische Zeiten bevor. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der im April gesammelten

Erfahrungen ein Umdenken bei den Autobauern zulasten der Zulieferer stattfinden wird – hin zur Nutzung eigener betriebsinterner Kapazitäten und weg von der Vergabe von Aufträgen an bisherige Zulieferer. Die kleineren Zulieferbetriebe sind zudem häufig hoch spezialisiert. Existenzgefährdend wird es für diejenigen, die sich auf die Fertigung von Waren spezialisiert haben, die ausschließlich im konventionellen Antriebsstrang ihren Einsatz finden. Denn auf EU-Ebene wurden Strafzahlungen für Überschreitungen der CO₂-Grenzwerte ab 2020/2021 festgelegt, auf Bundesebene wurde die Prämie für den Kauf von Elektroautos beschlossen und auch im Thüringer Haushalt ist für die Förderung von Elektromobilität reichlich Steuergeld vorgesehen.

Um die strengen EU-Vorgaben einzuhalten, müssten laut den Ausführungen von Hans-Werner Sinn in seinem Buch »Der Corona-Schock« bis 2030 zwei Drittel aller verkauften Autos Elektromobile sein, da diese gemäß der EU-Logik angeblich kein

CO₂ ausstoßen. Dem widerspricht er natürlich. Bereits bei der Produktion von Elektroautos wird CO₂ ausgestoßen, denn die Batterieherstellung erfolgt vorwiegend in China, das anteilig mehr schmutzige Kohlekraftwerke betreibt als Deutschland. Zudem wird der Strom in Europa, den die Elektroautos im Fahrbetrieb benötigen, auch durch Kohleverbrennung erzeugt. Eine Studie des österreichischen Instituts »Joanneum Research« aus dem vergangenen Jahr kam zum ernüchternden Ergebnis, dass ein Elektro-Golf unter realistischen Alltagsbedingungen sein Diesel-Pendant erst ab einer Laufstrecke von 219 000 Kilometern schlägt

Mahnwachen vor Ort

Die Symbolpolitik legt die Axt am Wohlstandsmotor Deutschlands an. Die deutsche Ingenieurskunst, unser bisheriger technologischer Vorsprung, ist bei der Fertigung von Elektroautos nicht mehr gefragt. Die Thüringer AfD-Fraktion stellt sich dem entgegen und beantragte ein Sonderplenum

zum »Strukturwandel in der Thüringer Automobilbranche und zur Sicherung von Arbeitsplätzen«. Wir setzen uns für den Erhalt und die Fortentwicklung der Verbrennungsmotortechnologie, insbesondere auch der Diesels-technologie, ein. Zudem sehen wir in synthetischen Kraftstoffen – den sogenannten E-Fuels – eine sinnvolle Ergänzung beziehungsweise eine Alternative zu den bisherigen Kraftstoffen, deren Weiterentwicklung und Nutzung dazu beitragen kann, unsere Ressourcenabhängigkeit zu vermindern und einen neuen Industriezweig aufzubauen. In der Brennstoffzelle sehen wir eine weitere praxistaugliche Antriebsart.

Um den Beschäftigten der Automobilzulieferindustrie im Kampf für ihre Arbeitsplätze den Rücken zu stärken, nutzte die AfD-Landtagsfraktion ihre diesjährige Sommertour für Vor-Ort-Gespräche und Mahnwachen bei besonders gefährdeten Unternehmen in Eisenach, Mühlhausen und Weißensee.

Von Tosca Kniese (Mdl)

Hassobjekt der Linken

84 Prozent aller Anschläge auf Wahlkreisbüros treffen die AfD

Aufkleber, Schmierereien und beschädigte Briefkästen sind bereits Normalität: Wer als AfD-Abgeordneter oder -Mitarbeiter morgens das Wahlkreisbüro öffnet, schaut aufmerksam, ob alles in Ordnung ist oder doch wieder irgendwelche hirnrissigen Chaoten ihre »bunte« Handschrift hinterlassen haben. Bedauerlicherweise nehmen aber auch schwerwiegendere Anschläge auf Wahlkreisbüros der AfD zu. Allein auf das Saalfelder Büro von Prof. Dr. Michael Kaufmann, dem Landtagsvizepräsidenten der AfD, wurden seit Beginn dieses Jahres insgesamt sechs Angriffe verübt, bei denen die Täter die gläserne Eingangstür mit Pflastersteinen zertrümmerten. Mit großer Aggressivität gingen die Angreifer vor – von ihnen fehlt nach wie vor jede Spur. Auszugehen ist von links-extremen Krawallbrüdern, denen die fortwährende mediale Mobilmachung und die politischen Hasstiraden der rot-rot-grünen Landesregierung gegen die AfD mehr als gelegen kommen. Gedeckt durch Medien und etablierte Parteien, können sie sich bedenkenlos auf die frei gewählte Opposition im Thüringer Landtag stürzen. Dieses Hinnehmen von Unrecht, das sich durch alle gesellschaftlichen und politischen Schichten zieht, führt zu einer vollkommen inakzeptablen Untergrabung unseres Rechtsstaates.



Gewalt hat in der politischen Debatte keinen Platz

Aus einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion geht hervor, dass im Jahre 2019 von 49 Straftaten gegen Wahlkreisbüros allein 41 gegen die AfD gerichtet waren. Das sind knapp 84 Prozent. Daraus resultiert, dass auf alle anderen Parteien lediglich 16 Prozent dieser Straftaten verübt wurden. Nun sind fraglos alle Angriffe gegen die Büros demokratisch legitimerter Volksvertreter abzulehnen, egal wie groß das Missfallen oder die politische Distanz zu ihnen auch ausfallen mag. In einer Demokratie ist einzig und

allein die Debatte das Mittel der Wahl. Diese muss mit plausiblen Argumenten, hart und vehement geführt werden, aber sie muss friedlich bleiben. Angesichts der Ausgrenzung der AfD aus dem politischen Meinungsbildungsprozess durch die Altparteien ist es kein Zufall, dass gerade wir das Lieblingsziel demokratiefeindlicher Schmierfinken und Steinwerfer sind. Die von den rot-rot-grünen Fraktionen gebildete Landesregierung nimmt diese Entwicklung schulterzuckend hin – trifft sie doch einen politisch unliebsamen und von Jahr zu Jahr erstarkenden Gegner. Abgeordnete

der Linkspartei posieren offen und ohne Scham mit der Antifa-Fahne und damit dem Symbol einer organisierten Zusammenrottung von Gewalttätern, die Präsident Trump in den USA zu Recht als Terrororganisation verbieten lassen will. Es ist klar, dass seitens der Linksgrünen auch gerne zu antidemokratischen Mitteln gegriffen wird. Davon lässt sich die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag jedoch in keiner Weise einschüchtern.

Wir stehen aufrecht und frei für Demokratie und Meinungsfreiheit, allen Anfeindungen und Angriffen zum Trotz!

Folgen Sie uns auf Telegram

<https://t.me/joinchat/AAAAAFMd5BPX3Z1jfwSSOA>

